

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Nr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Fröhliche Welt“, „Rund um den Erdball“, „Unterhaltungsbeilage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger, bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Anzeigen werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit) Zeile oder deren Raum mit 15 Wg. berechnet; auswärts 20 Wg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Bestellen kosten pro Zeile 40 Wg. Verantwortlichkeit für Platz, Datenvermittlung und Beleglieferung ausschließlich Annahmestelle für Druck und Anstalt beträgt 15 Wg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 23

Donnerstag den 20. Februar 1930.

23. Jahrgang.

Reform der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Ein Aufsatz führender Persönlichkeiten.

Über 200 führende Persönlichkeiten der Wirtschaft und Wissenschaft veröffentlichten zu der wirtschafts- und finanzpolitischen Lage Deutschlands eine Erklärung, in der es als unerlässlich bezeichnet wird, die Finanz- und Wirtschaftspolitik grundlegend zu ändern. Sie müsse einheitlich und folgerichtig auf die endgültige Ordnung der öffentlichen Finanzen und auf die Steigerung der Produktivität der deutschen Gesamtwirtschaft abgestellt werden. Die durch die äusseren Verpflichtungen verursachte Verantwortung des Reiches für die Finanzgebarung auch in Ländern und Gemeinden erfordert, dass die Ordnung der öffentlichen Haushalte als eine einheitliche Aufgabe von Reich, Länder und Gemeinden betrachtet und unter Führung des Reiches durchgeführt werde. In der Durchführung des neuen Planes könne aber auch nicht gegangen werden, wenn nicht die Einkünfte vervielfacht werden, dass die Verpflichtungen nur aus einer Überwälzung der gesamten Volkswirtschaft aufgebracht werden können. Die gegenwärtige Finanzpolitik, die die notwendigen Überwälzungen in weitestmöglicher Weise, sei hiermit wirtschaftlich und politisch unannehmbar. Die Steuern müssen insbesondere an den Stellen geändert werden, wo diese Senkung am wirksamsten dem Kapitalismus und der Kapitalflucht entgegenwirkt. In der Förderung der Produktion und in der Verteilung und Hebung des Wohlstandes in den weitesten Schichten unseres Volkes leben die Unterzeichner der Erklärung eine Vorbedingung für den nationalen und internationalen Aufstieg, der aber nur erreicht werden könne, wenn die Wirtschaft sich ihrer vollen Verantwortung gegen Staat und Volk bewusst sei und der Staat die Erfordernisse einer äusseren sachlichen Wirtschaftspolitik erfülle.

Zu den Unterzeichnern des Aufrufes gehören neben zahlreichen anderen bekannten Männern und Frauen des öffentlichen Lebens: Oberbürgermeister Dr. Jödenauer, Professor Hirsch, Professor von Balogh, Dr. von Borja, Dr. Ederer, Professor von Sarnat, Dr. Heim, Graf von Helldorf, Graf Kanitz, Graf, Dr. Krumpholtz, Dr. Hans Küster, Dr. Meißner, Professor Pfand, Dr. Pöschel, Dr. Pöschel, General Heinsdorf, Dr. Kricheldorf, Dr. Schacht, Professor Seifert, Dr. Silberberger, Dr. Solmssen, Professor Sombart, Dr. Springorum, Professor Triepel, Frau Kricheldorf, Herr von Wangelheim.

Trennung der Bayerischen Nationalliberalen von den Deutschen Nationalen.

Die „Münchener Post“ veröffentlicht ein Schreiben des bayerischen Reichstagsabgeordneten und Landesvorsitzenden des Nationalliberalen Bundesverbandes Bayern, Geheimrat Hans Sachs, an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Nationalen in München. Darin teilt Geheimrat Sachs mit, dass der Bundesverband der Nationalliberalen Verbandes einstimmig beschlossen habe, dass der Dauerbündnisvertrag vom 26. Oktober 1927 (durch den sich der nationalliberale Verband angeschlossen hat) die Deutsche Nationalpartei in Bayern, angesehener, vom Landesvorsitzenden der Deutschen Nationalen Partei in Bayern, Landesabgeordneter H. Wetzel, am 9. und 11. November 1929 in aller Form aufgekündigt worden sei. Daraus folge, dass der nationalliberale Bundesverband Bayern keine politische und organisatorische Beziehungen mehr gewonnen habe. Die Deutsche Nationalpartei in Bayern sei durch die dergestaltige Kündigung in Gefahr, bei den Wahlen aufgegeben zu werden.

Österreich und Rumänien.

Angestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Der österreichische Abgeordnete Rudolf Kerschke in einer Verammlung des Christlichen Arbeiterbundes aus: Die Wiederherstellung der finanziellen Freiheit Österreichs ebenso wie der Handelsverkehrsvertrag mit Italien spielen in dem Ziel, der österreichischen Wirtschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Dem Ziel gilt auch die Reise, die der Bundeskanzler in den nächsten Tagen nach Berlin unternehmen wird. In den nächsten Tagen nach Berlin unternehmen wird. Die handelspolitischen Beziehungen zum Deutschen Reich, soweit sie politischer Natur sind, bedürfen gewiss keiner Beschränkung, sie sind noch zu klären. Wohl aber ist es notwendig, die wirtschaftlichen Beziehungen selber klären und klar stellen in Einklang zu bringen mit den Beziehungen, die sich aus der wirtschaftlichen Lage ergeben. Die Berliner Reise des Bundeskanzlers wird gewiss auch in dieser Beziehung nicht nur Klärung, sondern auch Fortschritt bringen.

Die Regierungskrise in Frankreich.

Schwierigkeiten der Kabinettsneubildung.

Die Bildung der neuen französischen Regierung steht auf dem gleichen Standpunkt wie im Herbst, wo man nur den Ausgang fand, unter anderem ein Kabinettskandidat von 28 Mitgliedern zu bilden, dessen Mehrheit aber trotzdem sehr unklar war. Poincaré hat erklärt, dass vorläufig die Regierung nicht übergeben werden sollte, weil seine Gesundheit ihm dies noch nicht leisten machte, um im nächsten Stadium der Krise herbeizutreten. Die Sozialisten fordern eine Interregierung und sind bereit, selbst die Regierung zu übernehmen oder ein von den Radikalen gebildetes Kabinettskandidat zu unterstützen.

Sturz der sächsischen Regierung.

Der Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten wegen der Zustimmung zum Youngplan angenommen.

Der sächsische Landtag nahm nach mehr als vierstündiger Aussprache die Abstimmung über die gegen das Kabinett Böhmer eingebrachten Mißtrauensanträge vor. Für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmten 45, dagegen 24 Abgeordnete bei neun Enthaltungen. Der Antrag ist daher abgelehnt, da die erforderliche Mindestzahl von 49 nicht erreicht ist. Hier auf wurde die Abstimmung über den nationalsozialistischen Mißtrauensantrag vorgenommen. Für diesen stimmten 63, dagegen 21 Abgeordnete bei neun Enthaltungen. Landtagspräsident Wetzel stellte fest, dass der nationalsozialistische Mißtrauensantrag angenommen und der Regierung Böhmer damit das Vertrauen entzogen sei. Ministerpräsident Dr. Böhmer erklärte hierauf den Rücktritt der Gesamtregierung.

Der Sturz des Kabinetts Böhmer kam nicht überraschend. Nachdem auch die Deutschnationale erklärt hatten, dass sie für den Mißtrauensantrag stimmten, war das Schicksal des Kabinetts besiegelt. Nur die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei stimmten für die Regierung. Die Demokraten, die Nationalsozialisten und die Aufhebenspartei liessen sich nicht beteiligen, und alle übrigen Parteien, Nationalsozialisten, Deutschnationale, Sozialdemokraten und Kommunisten, stimmten gegen die Regierung. Der sächsische Landtag hat somit einen Umsturz der Regierung herbeigeführt, und betont, dass der Umsturz dieser tragischen Krise eine Niederlage des Parlamentarismus sei.

Ministerpräsident Dr. Böhmer hat im Reichsrat für die Annahme des Haager Abkommens gestimmt. Er erklärte, jedes einzelne Mitglied seines Kabinetts (auch Angehörige der Deutschnationalen Volkspartei) sei der

Aufstellung gewesen, dass die Zustimmung zum zweiten Haager Abkommen eine unabsehbare Notwendigkeit und zur Zeit die einzige offensichtliche Möglichkeit sei. Aufsteigend über diese Haltung des Kabinetts verurteilt, brachten die Nationalsozialisten den Mißtrauensantrag ein, um Dr. Böhmer zur Ordnung zu rufen. Darauf fanden sich alle Parteien zusammen, um gegen die Regierung zu stimmen; die Nationalsozialisten, weil sie Gegner des Youngplans sind und in der Regierung Böhmer nicht vertreten waren; die Deutschnationalen, weil sie Gegner des Youngplans sind, trotzdem sie in der Regierung vertreten waren und als Ausweg aus der Krise den Rat gaben, nach dem Sturz der Regierung eine neue Regierung auf der gleichen Grundlage zu bilden. Die Sozialdemokraten setzten sich zwar für den Youngplan ein, stimmten aber in diesem Falle gegen Dr. Böhmer, mit dem sie über die Notwendigkeit der Zustimmung zum Youngplan einer Meinung sind, weil sie das Kabinett Böhmer bekämpfen und jede Gelegenheit benutzen wollten, es zu stürzen.

Sofort nach dem Rücktritt der Regierung haben die Kommunisten den Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt.

Da die Regierung keine Mehrheit hatte, wird die Neubildung auf große Schwierigkeiten stoßen. Der einzige Ausweg wäre die Bildung der großen Koalition, die jedoch von der Deutschen Volkspartei abgelehnt wird. Es bleibt also nur der Ausweg, die bisherige Regierung nach rechts zu erweitern, die Nationalsozialisten mit ins Kabinett zu nehmen und ihnen einen Ministerposten zu übertragen. Fraglich ist, ob die Nationalsozialisten jetzt noch Neigung haben, mit der Deutschen Volkspartei zusammen in der Regierung zu sitzen.

Kommunistische Propaganda mit falschem Geld.

Moskau. Propaganda mit falschen Dollarnoten. Ein Warschauer Blatt meldet, dass ein maßgebendes Mitglied der kommunistischen Partei Polens falsche Dollarnoten in Polen in Umlauf gesetzt habe und mit den Dollarnoten in Verbindung stehe. Der Kommunist befindet sich zur Zeit in Haft. Die Dollarnoten seien ihm durch Vermittlung der russischen Handelsvertreter in Warschau aus Moskau über Danzig zugeführt worden. Die falschen Noten seien von den Kommunisten zu Transaktions- und Propagandazwecken in Gebrauch.

Kampf um den Sozialismus.

Wie die Spätansätze des „Vorwärts“ mitteilt, ist im Reichskabinett über die Ausgaben für den Sozialisten die Einigung erzielt worden. Die Ausgaben für die Wochenblätter sind von 29 Millionen auf 15 Millionen ermäßigt worden. Von den 40 Millionen, die aus den Sozialisten für die Zwecke der Sozialistenverbände alljährlich zur Verfügung gestellt werden, sind 20 Millionen getrennt worden. Bei den Kapitalverbänden für Kreisverbände bleibt es bei der unangenehmen Summe von 60 Millionen wieder herzustellen, wurde abgelehnt. Die Entscheidung über die produktive Sozialistenverbände wurde einstweilen ausgesetzt. Die Entscheidung wurde gegen den Widerstand des Reichsministers Wirth getroffen worden.

Die Biersteuer-Erhöhung gesichert.

Ueber die Beratungen der Finanzkommissionen über die Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat die Reichsfinanzkommission der Reichsregierung als gesichert, dass das Bayerns Finanzministerium die Biersteuer zurückzuführen beabsichtigt, falls keine Sonderabgabe bei der Rückübernahme erfüllt werden. Dem „B. Z.“ zufolge wurde mit Rücksicht auf die bayerische Wirtschaft die Biersteuererhöhung von 200 auf 180 Millionen RM. reduziert.

Der Anschlag Schaumburg-Lippes verurteilt?

Durch Mandatsüberlegung keine Zweidrittelmehrheit. Im Landtag von Schaumburg-Lippe wurde bekannt gegeben, dass für den Anschlag Schaumburg-Lippes an Preußen eintretende deutschnationale Abgeordnete, Bürgermeister von Bielefeld, das Mandat wiedergewählt hat, womit der ausstehende Abgeordnete an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlt. Wie es erklärte, auf seiner Ansicht zu bestehen, sich aber nicht in Einklang zu seinen Wählern setzen zu wollen. Damit dürfte die Anklage gegen Schaumburg-Lippe auf absehbare Zeit verurteilt sein.

Schule und Kirche.

Eine Erklärung des Frankfurter Lehrervereins. Der Lehrerverein Frankfurt a. M. veröffentlicht eine Erklärung, worin im Zusammenhang mit der Festsetzung des preuß. Unterrichtsministeriums durch einen früheren Volkskammerabgeordneten gegen die sich immer mehr geltend machende Konfessionslosigkeit der Schulpflichtigen und eine baldige Einführung eines preussischen Lehrertages in Berlin verlangt wird, um in der durch das Nachgeben der Regierung im Vorhinein der durch die kirchlichen Machthaber herbeigeführten Schulpflichtigen eine Stellung zu nehmen.

Der deutsch-polnische Roggenausfuhrvertrag.

Einschichtung eines gemeinsamen Verkaufsbüros.

In Warschau wurde der deutsch-polnische Roggenexportvertrag unterzeichnet, der die Teilung der Exportquoten für Roggen im Verhältnis 40 (Polen) zu 60 (Deutschland) vorsieht. Die Verkaufstransaktionen werden von einem gemeinsamen Verkaufsbüro durchgeführt. Der Vertrag läuft bis zum 1. Juli 1931. Beide Regierungen haben sich verpflichtet, der Ausfuhr von Roggen außerhalb der vom gemeinsamen Büro durchgeführten Transaktionen durch Bräunung nicht zu unterliegen. Der Vertrag soll in den nächsten Tagen in Kraft treten.

Elbersdorf. Keine Nähe und Arbeit scheut der
eigige Gemüthliche Chor, um einen ausgestalteten Theate-
r- und Unterhaltungsabend vorzubereiten. Der Verein, der
unter seinem rührigen Leiter auf beachtlicher Höhe steht,
hat es in den letzten Jahren bewiesen, will durch vor-
genannte Veranstaltung zeigen, daß es ihm nicht genügt

Werbung. Ein vom Hauptbahnhof kommende Waggon der elektrischen Straßenbahn **brach am Rudolphsplatz aus den Schienen** und schob sich mit den Rädern soweit auf den Bürgersteig, daß der Vorderbau nur etwa 30 Zentimeter von dem Schaufenster eines Schokoladengeschäftes entfernt war. Dem Führer des Wagens gelang es, noch rechtzeitig zu bremsen, jedoch ein Unglück vermieden wurde. Personen sind nicht verletzt worden. In Schweden geoffnen.

Montag abend 8 Uhr
Versammlung bei Weisfeld
Deutsche Demokratische Partei.
Ortsgruppe: Emsdörferberg

Wunderliche oder falscher Kaviar. (Für 4 Personen, 20 Minuten.) Zutaten: 2 Fettbällchen, 2 ha-
gefochte Eier, 1 mittelgroße Zwiebel, 1 Eßlöffel Zitronen-
saft, 1 Eßlöffel Speisöl, Pfeffer, 10 Tropfen Maggi's
Würze. Zubereitung: Die gut gewaschenen, enthäuteten
und entgräteten Fische werden mit den hartgekochten
Eiern und der Zwiebel ganz fein gehakt, mit dem Zitro-
nensaft, dem Speisöl, 1 Messerspitze Pfeffer und 10
Tropfen Maggi's Würze gut verrührt und zu Fein- oder
Käsebröselchen serviert. M. 2



Der Bürgermeister, Scher.